

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen im Wandel der Zeit

Uwe Brückmann

Die Demokratie, wie ich sie verstehe, muss dem Schwächsten die gleichen Chancen zusichern wie dem Stärksten. Mahatma Gandhi¹

Als documenta-Gründer Arnold Bode schon bald nach dem Krieg begann, Pläne für den Wiederaufbau des Ständesaals zu zeichnen, hatte er zwei Möglichkeiten: Sich an der Formensprache der Vorkriegsarchitektur zu orientieren oder etwas Neues zu schaffen. Alte Entwurfsskizzen belegen, dass er beides in Erwägung gezogen hat.

Die Entscheidung fiel schließlich zugunsten eines Neubeginns: „... die historisierenden Repräsentationsräume des im neunzehnten Jahrhundert erbauten Ständehauses verwandelte er [Bode] in eine dem modernen Empfinden entsprechende Festarchitektur“, heißt es in einem Merian-Heft aus dem Jahr 1952.² „Der Beginn, der Sieg der Moderne bedeutet in Kassel keinen Stilbruch. Sie hat hier einen geistigen Ort (...).“³

Auch bei der Gründung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV), dessen Hauptverwaltung und dessen Parlament 1953 in das Ständehaus einzogen, beschritt Hessen neue Wege. Landesregierung und Opposition, Parteien, Spitzenverbände und Einzelpersonen hatten zuvor heftig über die verschiedenen Alternativen gestritten. Sollten die alten Bezirkskommunalverbände, wie sie in den preußisch dominierten Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden bereits im 19. Jahrhundert gegründet worden waren, künftig wichtige soziale Aufgaben wahrnehmen? Sollten die Aufgaben den Regierungspräsidien übertragen und verstaatlicht werden? Oder sollten die Kommunen selbst künftig dafür zuständig sein?

Schließlich schuf der Landtag mit dem „Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen“ die Grundlage für einen hessenweiten Kommunalverband.⁴ Sein oberstes Beschlussorgan ist die Verbandsversammlung, ein Parlament, dessen Abgeordnete von den Kreisen und kreisfreien Städten entsandt werden. „Durch diese Reform wurde das aufwendige Kostenerstattungsverfahren zwischen den früheren drei Landesfürsorgeverbänden und zahlreiche Zuständigkeitsstreitigkeiten überflüssig.“⁵

Gleiche Standards in ganz Hessen

„...dem Schwächsten die gleichen Chancen zusichern...“, das ist seit mehr als 50 Jahren die zentrale Aufgabe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Der Verband ist heute Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung, Menschen die krank und sozial benachteiligt sind, Kriegsoffer, Gewaltopfer, Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten. Der LWV garantiert, dass diese Menschen dort, wo sie leben, Unterstützung bekommen. Er finanziert diese und sorgt dafür, dass dabei in ganz Hessen gleiche Standards gelten. So



Abb. 133: Siegfried Lohr, Ständehaus, Aquarell

In dem Bild verknüpft der Autor einer Dissertation über den Architekten Julius Eugen Ruhl in künstlerischer Weise kenntnisreich ein Porträt des Baumeisters in jungen Jahren als Freiwilliger der Befreiungskriege von 1813/14 gegen Napoleon mit einer graphischen Darstellung des Ständehauses aus der Zeit des Biedermeier.

steht der LWV seit mehr als 50 Jahren für eine Demokratie im Sinne Gandhis, eine Demokratie, die dem Schwächsten die gleichen Chancen zusichert wie dem Stärksten.

Doch ebenso wie das Ständehaus, das nach dem Krieg einen neuen, modernen Sitzungssaal enthielt und mit der jüngsten Sanierung noch einmal an heutige Anforderungen angepasst wurde, hat sich auch der LWV im Lauf seiner Geschichte immer wieder gewandelt.

Hilfe für Kriegsversehrte, Kinder und Jugendliche, „Geistes-“ und Geschlechtskranke

Bei seiner Gründung übernahm der LWV eine Vielzahl von Aufgaben. Eine wichtige Aufgabe war die Betreuung von Kriegsoptionen. „Die Leiden eines Krieges dauern viele Jahre und Jahrzehnte an, lange nachdem der letzte Schuß gefallen ist. Schon im 1. Weltkrieg und danach begannen sich in Deutschland die Bestrebungen um Fürsorge und Versorgung der Kriegsoptionen stark anzubahnen.“⁶ Kriegsversehrte wurden beruflich gefördert, sie bekamen Sonderdarlehen für Kraftfahrzeuge, Erholungskuren und Erziehungsbeihilfen für die Ausbildung ihrer Kinder.

Der LWV wurde auch Träger von neun Kinder- und Jugendheimen in Hessen, in denen zu jener Zeit rund 1.700 Zöglinge lebten. Die Aufsicht lag beim Hessischen Sozialministerium. „In den ersten Kriegsjahren wurden Erziehungsschwierigkeiten überwiegend durch Wohnungsnot, Flüchtlingsschicksale und ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse verursacht.“⁷

Nach der Gründung des LWV wurden Landes-, Stadt- und Kreisjugendämter aufgelöst. Der Verband wurde gesamthessische Fürsorgeerziehungsbehörde. Die öffentliche Jugendhilfe sollte die jungen Menschen „zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit“ erziehen. „Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt (...) die öffentliche Jugendhilfe ein.“⁸

Und schließlich nahm der LWV die Aufgaben eines Landessozialamtes wahr. In dieser Rolle war er zuständig für die Unterstützung ganz unterschiedlicher Personengruppen: der „Geisteskranken“, zu denen Menschen mit psychischen Krankheiten ebenso zählten wie Männer und Frauen mit geistigen Behinderungen, von Menschen mit körperlichen Behinderungen, von Nichtsesshaften und Menschen mit Krebs, Tuberkulose oder Geschlechtskrankheiten.

Außerdem übernahm der Verband psychiatrische Krankenhäuser, Orthopädische Kliniken, Heilstätten, Kinderkurheime und Schulen für Blinde und Taubstumme.⁹



Abb. 134: Siegfried Lohr, Ständeplatz mit Ständehaus, Aquarell

Als Teil der Randbebauung des Platzes erscheint zwischen den Bäumen in herbstlichen Farben das Ständehaus.

Psychiatriereform und Enthospitalisierung

„La libertà è terapeutica – Freiheit heilt“ war das Motto einer Bewegung, die von dem italienischen Psychiater Franco Basaglia angeführt wurde. Seit den 1960er Jahren setzte er sich dafür ein, die psychiatrischen Großkrankenhäuser in Italien aufzulösen. 1978 wurde dieses Ziel durch ein Gesetz tatsächlich umgesetzt.¹⁰

Auch in Deutschland und Hessen mehrte sich die Kritik an der Psychiatrie. Zwar hatte der LWV Millionen investiert, um die ehemaligen „Irrenanstalten“ zu modernisieren, und die Landesheilanstalten 1957 in „Psychiatrische Krankenhäuser“ umbenannt.¹¹ Doch nicht zuletzt Personalmangel und Überbelegung sorgten für Missstände.¹² Bei ihrem Zwischenbericht von 1973 stellt die Psychiatrie-Enquête fest, „daß eine sehr große Anzahl psychisch Kranker und Behinderter in den stationären Einrichtungen unter elenden, zum Teil als menschenunwürdig zu bezeichnenden Umständen leben müssen. Überalterung der Bausubstanz, katastrophale Überfüllung in gewissen Bereichen, Unterbringung in Schlafsälen, unzumutbare sanitäre Verhältnisse und allgemeine Lebensbedingungen, vor allem für chronisch psychisch Kranke, kennzeichnen einen gegenwärtigen Zustand, dessen Beseitigung nicht einfach auf unabsehbare Zeit verschoben werden kann.“¹³

In jener Zeit begann der LWV, das Angebot in den Krankenhäusern zu differenzieren: Es entstanden Abteilungen für Suchtkranke, für Allgemein- und Gerontopsychiatrie sowie Behandlungsstätten für chronisch psychisch Kranke. Der Verband richtete Außenstellen, Institutsambulanzen und Tageskliniken ein. Ende der 1980er Jahre entwickelte der LWV gemeinsam mit der Landesregierung ein Konzept zur Eingliederung chronisch psychisch Kranker und altersverwirrter Menschen in die Gemeinde. Es entstanden betreute Wohngemeinschaften und Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen in allen Landkreisen.¹⁴ Vor allem aber verließen Menschen mit geistigen Behinderungen die Krankenhäuser: Der LWV schuf stattdessen heilpädagogische Einrichtungen, zum Teil in der Nähe der Krankenhäuser, aber als eigenständige Bereiche mit Außenwohngruppen.¹⁵ 1998 wurden die Krankenhäuser umbenannt in „Zentren für Soziale Psychiatrie“.

Gedenkstätte

Mit den Psychiatrischen Krankenhäusern hatte der LWV zudem ein belastendes Erbe angetreten: In Hadamar war 1940 auf Geheiß der sogenannten T4-Zentrale (Tiergartenstraße 4) in Berlin, einer von der Kanzlei des Führers in Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium des Inneren gegründete Verwaltungszentrale, eine Tötungsanstalt entstanden. 15.000 kranke und behinderte Menschen starben dort durch Gas, Medikamente und Aushungern. Viele der Opfer waren zuvor in Heil- und Pflegeanstalten in Hessen, aber auch in anderen Teilen Deutschlands ausgewählt und gesammelt worden, bevor sie nach Hadamar kamen.¹⁶

1983 richtete der LWV in der ehemaligen Landesheilanstalt Hadamar eine Gedenkstätte ein.¹⁷ An allen Standorten der psychiatrischen Krankenhäuser und in der Hauptverwaltung des LWV wurden Gedenksteine errichtet oder Informationstafeln angebracht.¹⁸

Heimreform

1968 und 69 werden mit den Aktionen der außerparlamentarischen Opposition (APO) Missstände in den Jugendheimen des LWV bekannt. Ulrike Meinhof, Astrid Proll, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und andere prangern die Erziehungspraxis in Flugblättern und Radiobeiträgen an: Man versuche, den Willen der Heimzöglinge zu brechen, verprügele sie, zensiere ihre Briefe und sperre sie wegen nichtiger Vergehen im sogenannten Karzer ein, so die Kritik. Im Fokus auch wissenschaftlicher Kritiker standen vor allem der Kalmenhof, das Jugendheim Staffelberg und das Mädchenheim Fuldata in Guxhagen. Mitarbeiter in den Heimen selbst kritisierten Missstände öffentlich.

Im Dezember 1969 wurde vom Hessischen Sozialministerium ein Beirat für Heimerziehung ins Leben gerufen, der Empfehlungen für eine Heimreform erarbeitete, ab 1970 setzte der LWV Reformen um. Die Belegung der Kinder- und Jugendheime wurde stark reduziert: Im Kalmenhof sank die Zahl der Heimkinder von 1.100 im Jahr 1954 bis zum Jahr 1974 auf 200. Im Mädchenheim Fuldata waren 1953 bis zu 150 Mädchen untergebracht, 1970 nur noch 35. Der Kalmenhof wurde umstrukturiert. Es entstanden drei einzelne Kinder- und Jugendheime mit neuen pädagogischen Konzepten, ein Heim für behinderte Kinder und Jugendliche sowie ein Heim für behinderte Erwachsene. Drei Jugendheime wurden in den 1970er Jahren geschlossen.

2004 lud der LWV ehemalige Heimkinder zu einer ersten Aussprache in den Kalmenhof ein. Zwei Jahre später verabschiedeten die Abgeordneten der Verbandsversammlung eine Resolution, in der sie sich bei den ehemaligen Heimkindern für das erlittene Unrecht entschuldigten: „Der Landeswohlfahrtsverband erkennt an, dass bis in die 70er Jahre auch in seinen Kinder- und Jugendheimen eine Erziehungspraxis stattgefunden hat, die aus heutiger Sicht erschütternd ist. Der LWV bedauert, dass Kinder und Jugendliche in seinen Heimen alltäglicher physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt waren“. Gemeinsam mit dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel und der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen veranstaltete der LWV 2006 im Kalmenhof eine Tagung, um das Thema ins öffentliche Bewusstsein zu bringen.¹⁹

LWV gibt Jugend- und Altenhilfe ab

In den 1990er Jahren verlor der LWV zwei seiner Aufgabenfelder. In dem neu verabschiedeten Kinder- und Jugendhilfegesetz wurden die Weichen dafür gestellt, dass die Jugendhilfe ab 1994 in die Zuständigkeit der örtlichen Jugendämter überging. „Das ist besonders schmerzlich“, heißt es einem Artikel des LWV Info aus dem Jubiläumsjahr 1993, „weil der LWV mit der Jugendhilfe etwas aus der Hand geben muss, das er jahrzehntelang mit gestaltet und initiiert hat, das er mit innovativen Ideen, Projekten und Programmen erfüllte, die heute nicht nur in Hessen Standard sind, sondern auch Eingang fanden in das neue Betreuungsgesetz.“²⁰ Lediglich sieben Jugendheime und vier heimgebundene Schulen blieben beim LWV. Bereits 1993 hatte der LWV die „Hilfe zur Pflege“ für über 65-Jährige, die in einem Pflegeheim leben, an die örtlichen Sozialämter abgegeben.²¹



Abb. 135: Siegfried Lohr, Ständehaus, Aquarell, 2008
Über den kalten blauen Farben der parkenden Autos wird das Ständehaus mit den warmen Brauntönen des Sandsteins im Licht der herbstlichen Sonne sichtbar.

Verwaltungsreform

Verwaltungsreformprogramme ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des LWV Hessen, da sich die Anforderungen an öffentliche Verwaltungen rasant geändert haben. Heute sind es vor allem Bürgernähe, Flexibilität und das Erschließen von Einsparpotentialen, die von Verwaltungen erwartet werden. Es gilt einmal mehr nach Lösungen zu suchen, die die öffentliche Verwaltung vor dem Hintergrund wandelnder rechtlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und dem technischen Fortschritt zukunftsfähig machen.

Der LWV hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Schritte unternommen, dieser Zielrichtung gerecht zu werden. Beispielhaft möchte ich Ihnen einige Entwicklungen aufzuführen, die den LWV spürbar verändert haben:

Änderung der Verwaltungsstruktur

Änderungen in der Aufgabenstruktur und Empfehlungen des Hessischen Rechnungshofes aus dem Schlussbericht über die 107. Prüfung „Haushaltsstruktur 2006: Landeswohlfahrtsverband“ gaben den Anstoß für eine grundlegende Veränderung der Aufbauorgani-

sation der Verwaltung. Oberste Zielsetzung war die systemgerechte Zuordnung von Steuerungsaufgaben und operativen Aufgaben sowie die Bündelung zusammengehöriger Aufgaben für eine verbesserte Steuerung.

Vor diesem Hintergrund wurden die Stabsstellen einer konsequenten Prüfung unterzogen und auf das notwendige Maß reduziert. Aufgaben, die keine Steuerungsaufgaben waren, wurden in die Linienorganisation überführt. Unterhalb der Geschäftsbereiche wurden die Aufgabenfelder der Leistungsgewährung und die sogenannten Querschnittsbereiche auf Dezernatsebene gebündelt. Organisationseinheiten haben entsprechend der neuen Aufgabenzuordnung einheitliche Bezeichnungen erhalten.

Eine weitere wesentliche Neuerung war die Neuorganisation des Vergabewesens durch die Errichtung einer „Zentralen Vergabestelle“ und die Bildung eines „Beteiligungsmanagements“, das die Aufgaben der Beteiligungsverwaltung wahrnimmt.

Die neuen Strukturen, die gestrafften Verwaltungsabläufe und der bedarfsorientierte Personaleinsatz haben die Zukunftsfähigkeit unseres Verbandes gestärkt.

Doppik

Mehr Transparenz war das Ziel, als die Verbandsversammlung im Juli 2005 beschloss, die doppelte Buchführung, kurz Doppik, einzuführen.²² Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 wurden in der HGO die Voraussetzungen für die Einführung neuer Rechnungswesen im Rahmen des neuen Steuerungsmodells geschaffen.

Gegenüber der Kameralistik haben sich wesentliche Änderungen ergeben, indem

- Verwaltungsleistungen als Produkte begriffen werden und als diese Grundlage für die Kostenermittlung und -zuordnung sind,
- der mit der Leistungserstellung verbundene Ressourceneinsatz vollständig dargestellt wird,
- Kennzahlen über Kosten und Qualität der Verwaltungsleistungen als Information für die Verwaltungssteuerung entwickelt werden,
- die Leistungsziele durch regelmäßige Berichte kontrolliert und die dezentrale Ressourcenverantwortung so unterstützt wird (Controlling),
- betriebswirtschaftliche Instrumente und Methoden (Kosten- und Leistungsrechnung) zum Einsatz kommen,
- Ressourcenaufkommen und Ressourcenverbrauch sowie Vermögens- und Kapitalposition dargestellt werden, sowohl für den LWV Hessen als auch für seine Beteiligungen im Rahmen des konsolidierten Gesamtabschlusses.

Um die Umstellung zu vereinfachen und die damit verbundenen Kosten möglichst gering zu halten, hat sich der Landeswohlfahrtsverband Hessen zu einem Geleitzugprojekt mit den fünf nordhessischen Landkreisen Fulda, Schwalm-Eder, Kassel, Waldeck-Frankenberg und Werra-Meißner entschlossen: Gemeinsam wurde ein externer Berater engagiert. Es mussten zum Beispiel Fragen zur konkreten Ausgestaltung des Haushaltsplanes, der

Haushaltsgliederung nach Produktbereichen, zur Bewertung von Immobilien, Grund und Boden, zu Grundsätzen der Budgetierung der Kosten und Erlöse, zu Investitionsmaßnahmen und Rückstellungen sowie zum Verfahren für die Aufstellung und Beratung des Haushalts 2009 und der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2009 geklärt werden.

Nach einer sehr aufwendigen und mehrjährigen Vorbereitung hat die Verbandsversammlung der XIV. Legislaturperiode den Umsetzungsbeschluss gefasst, dass ab dem 1. Januar 2009 der LWV seine Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung ausrichtet.²³

Der Prozess der Neuausrichtung des Finanzwesens ist damit aber noch nicht abgeschlossen: Im Moment werden die Finanzabläufe optimiert. Zugleich arbeiten wir an der Einführung einer neuen Finanzwesensoftware (SAP).

Gründung der Vitos GmbH

Sich verändernde gesetzliche Rahmenbedingungen, erhebliche Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenkassen und zunehmender Kostendruck prägen das Gesundheitswesen seit Beginn des neuen Jahrtausends. Auch in den Zentren für Soziale Psychiatrie wurde das spürbar: Es wurde immer schwieriger, die schlechter werdenden Rahmenbedingungen betriebsintern zu kompensieren. 2003 forderten die Abgeordneten der Verbandsversammlung den Verwaltungsausschuss auf, ein Konzept zu entwickeln, wie die Einrichtungen strategisch ausgerichtet werden sollten, damit sie auch in Zukunft leistungsfähig, wirtschaftlich und wettbewerbsfähig bleiben konnten.²⁴

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen führte seine Einrichtungen als Regiebetriebe, Eigenbetriebe und gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung, also in drei verschiedenen Rechtsformen. Zu dem damaligen Zeitpunkt erwirtschafteten diese insgesamt Überschüsse von mehr als zehn Millionen Euro. So war es möglich, rechtzeitig und nicht aus einer wirtschaftlichen Notlage heraus zu planen und zu handeln.

Auf der Basis erster Überlegungen zu betrieblicher Organisation und strategischer Steuerung wurden Gutachten in Auftrag gegeben und dabei auch die Frage aufgeworfen, ob Einrichtungen ganz oder teilweise an andere kommunale oder private Träger abgegeben werden könnten.

Schließlich, am 06. Juli 2005, beschloss die Verbandsversammlung, dass die Einrichtungen des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft geführt werden sollten.²⁵

Mit der Gewerkschaft ver.di wurden über den Kommunalen Arbeitgeberverband Hessen Verhandlungen über einen Überleitungstarifvertrag aufgenommen. Zur Vorbereitung weiterer Entscheidungen im Umsetzungsprozess wurde ein Umsetzungsbeirat eingesetzt.

Fast genau ein Jahr später beschloss die Verbandsversammlung, dass die Zentren für Soziale Psychiatrie und das Sozialpädagogische Zentrum Kalmenhof, Idstein, zum 1. Januar 2007 in gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt werden.²⁶

Die Steuerung aller Gesellschaften sollte ebenfalls in Form einer Gesellschaft erfolgen. Darin lag die Bildung der späteren Holding begründet. In einem weiteren Schritt wurden

die Einrichtungen aus dem Vermögen des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen ausgegliedert und zu regionalen Verbänden mit jeweils einer Geschäftsführung zusammengefasst.²⁷

Das Hessische Sozialministerium hatte zunächst Bedenken, die forensischen Kliniken in privatrechtlicher Betriebsform führen zu lassen. Es forderte, dass die ärztlichen Leitungen der forensischen Kliniken, deren Stellvertreter und in größeren Kliniken auch die leitenden Abteilungsärzte weiter beim LWV als öffentlichem Arbeitgeber angestellt bleiben. Zudem verbot das Ministerium dem LWV, Anteile der Gesellschaften weiter zu verkaufen. Darüber hinaus hat das Hessische Sozialministerium mit den Tochtergesellschaften sogenannte Beleihungsverträge geschlossen, in denen es die gemeinnützigen Gesellschaften ermächtigte, den Maßregelvollzug zu übernehmen.

Mit der neuen Unternehmensgruppe haben wir die Voraussetzungen für einen zukunfts-trächtigen, wettbewerbsorientierten und marktnahen Klinikträger geschaffen. Die Unternehmensgruppe hat seit ihrer Umgründung eine äußerst positive Entwicklung vollzogen. Gemeinsam haben sie IHRE Marke entwickelt und sind heute unter dem Namen „Vitos“ ein starker Akteur auf dem Gesundheitssektor.

Audit Beruf und Familie

Der LWV setzt heute verstärkt auf eine familienfreundliche Personalpolitik. Ziel ist, auch die familiäre Situation und die privaten Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu berücksichtigen. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren nach tragfähigen Modellen für eine familienbewusste – aber zugleich auch unternehmensgerechte – Personalpolitik gesucht. Zu diesem Zweck wurde mit der gemeinnützigen Hertie-Stiftung das „Audit Beruf und Familie“ entwickelt, das von vielen Unternehmen und Institutionen zur kontinuierlichen Verbesserung einer familiengerechten Personalpolitik genutzt wird. Mit diesem Instrument konnten wir bereits an allen drei Verwaltungsstandorten erfolgreich eine Auditierung durchführen. Damit erhielten die Verwaltungen in Kassel, Darmstadt und Wiesbaden das Zertifikat „audit berufundfamilie“. Der Standort Kassel erfuhr erst vor Kurzem eine Re-Auditierung.

Damit stehen den Beschäftigten in Darmstadt, Kassel und Wiesbaden Möglichkeiten zur Verfügung, um Beruf und Familie besser in Einklang zu bringen. Flexible Arbeitszeiten, zusätzliche Gleittage für die Pflege von Angehörigen oder zur Kinderbetreuung sind dabei wichtige Bausteine, ebenso wie Telearbeit oder das vorübergehende mobile Arbeiten (Telearbeit auf Zeit). Beurlaubte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden regelmäßig über wichtige Neuerungen informiert, das erleichtert den Wiedereinstieg. Auch während einer Beurlaubung können sie an den angebotenen Fortbildungen teilnehmen, um sich persönlich weiter zu qualifizieren. Betreuungskosten für die Pflege von Angehörigen oder Kindern werden in einem festgelegten Rahmen erstattet. Am Standort Kassel wurde zudem ein Eltern-Kind-Büro eingerichtet, das es bei Betreuungsgängen erlaubt, das Kind mit ins Büro zu bringen. Angeboten werden auch Ferienbetreuung und Gesundheitspräventionskurse.



Abb. 136: Siegfried Lohr, Ständehaus, Aquarell, 1994
Der vom Grün der Bäume gerahmte Ausschnitt zeigt einen Teil der westlichen Fassade mit dem großen Fenster im Obergeschoss.

Weiterentwicklung in der Eingliederungshilfe: personenzentrierte Hilfen

Der wesentlichste Wandel indes hat sich im Selbstverständnis des LWV vollzogen. Fürsorge lautete der Auftrag, als der Verband 1953 seine Arbeit aufnahm. „Heute versteht sich soziale Arbeit als Assistenz, die Menschen mit Behinderung auf Augenhöhe begegnet und sie bei der Alltagsbewältigung und Gestaltung ihres Lebens unterstützt.“²⁸

Diesem Anspruch kam der LWV näher, als er 1986 das Betreute Wohnen für Menschen mit Behinderung einführte. Es ermöglicht den Betroffenen, weitgehend selbstständig zu leben. Heute werden mehr als 10.000 Männer und Frauen in ihren eigenen vier Wänden betreut.²⁹

Ein neuer Ansatz ist das Projekt PerSEH (Personenzentrierte Steuerung der Eingliederungshilfe in Hessen). 2003 hat der LWV mit einzelnen Kommunen begonnen, ein System für die Eingliederungshilfe zu entwickeln, das die Angebote der Eingliederungshilfe verbessert und sie an dem wirklichen Bedarf behinderter Menschen orientiert. Vor allem aber geht es darum, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung zu stärken. Gemeinsam mit Wissenschaftlern und Leistungserbringern wurde dieser Ansatz 2008 in einem Praxistest in Wiesbaden erprobt und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Die jüngste Etappe auf diesem Weg ist PerSEH.

PerSEH stützt sich auf drei Säulen:

- den Integrierten Teilhabeplan (ITP). Er wird von Betreuten und Betreuern gemeinsam ausgefüllt und beschreibt das Lebensumfeld, die Fähigkeiten und Ziele.
- eine Hilfeplankonferenz, in der sich alle Beteiligten darüber verständigen, wie eine Begleitung im Alltag organisiert wird.
- eine zeitbasierte Leistungsvergütung auf der Grundlage des Integrierten Teilhabeplans mit sieben Leistungsstufen.

Im März 2009 wurde PerSEH auf zwei Pilotregionen (Landkreis Fulda und Werra-Meißner-Kreis) ausgeweitet.³⁰ Das Ziel ist, den Schwächsten die gleichen Chancen zuzusichern wie dem Stärksten - so, wie es Mahatma Gandhi 1968 gefordert hat. In dieser Hinsicht zeigt der LWV bei allen Veränderungen große Kontinuität.

Anmerkungen

- ¹ Mahatma Gandhi: Freiheit ohne Gewalt, Köln 1968.
- ² Hans Maria Wingler: Helle Fenster, Neues Bauen in Kassel, in: Merian, Heft Nr. 4/1952, S. 55.
- ³ Wingler, Helle Fenster, S. 54.
- ⁴ Christina Vanja: Gründung und Aufbaujahre des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, in: Jens Fleming, Christina Vanja (Hg.): „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“ (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes, Quellen und Studien Band 13), Kassel 2007, S. 103.
- ⁵ Pressestelle des Landeswohlfahrtsverbandes (Hg.): 10 Jahre Sozialarbeit in Hessen 1953–1963 (Schriften des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen Nr. 8), Kassel 1963, S. 42.
- ⁶ Pressestelle des Landeswohlfahrtsverbandes (Hg.): 10 Jahre Sozialarbeit in Hessen, S. 84.
- ⁷ Ebd., S. 68.
- ⁸ Ebd., S. 66.
- ⁹ Ebd., S. 44–64.
- ¹⁰ Gisela Heimbach, Joachim Hübner: Psychiatrie: Vom Bettensaal zur Gemeindepsychiatrie, in: LWV-Info 3/1993, S. 24.
- ¹¹ Pressestelle des Landeswohlfahrtsverbandes (Hg.): 10 Jahre Sozialarbeit in Hessen 1953–1963 (Schriften des Landeswohlfahrtsverbandes Nr. 8), Kassel 1963, S. 166–176.
- ¹² Gisela Heimbach, Joachim Hübner: Psychiatrie: Vom Bettensaal zur Gemeindepsychiatrie, in: LWV-Info 3/93, S. 24.
- ¹³ Heinrich Kunze: Das LWV-Parlament und die Psychiatriereform, in: Jens Fleming, Christina Vanja (Hg.): „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“, S. 121.
- ¹⁴ Gisela Heimbach, Joachim Hübner: Psychiatrie: Vom Bettensaal zur Gemeindepsychiatrie, in: LWV-Info 3/93, S. 26–30.
- ¹⁵ Gisela Heimbach: Heilpädagogische Einrichtungen, in: LWV-Info 3/93, S. 31–33.
- ¹⁶ Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hg.): Gedenkstätte Hadamar, Gedenkstätte für die Opfer der NS-Euthanasie-Verbrechen, Kassel 2011.
- ¹⁷ Gisela Heimbach, Bettina Winter: Keine gesetzliche Pflichtaufgabe – Die Gedenkstättenarbeit des LWV, in: LWV-Info 3/93, S. 34–37.
- ¹⁸ Landeswohlfahrtsverband Hessen, Fachbereich Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen (Hg.): Erinnern und Gedenken, Kassel 2010.
- ¹⁹ Elke Bockhorst, Klaus Lehning: Der Landeswohlfahrtsverband Hessen und die Heimkinder – Eine kurze Chronik, Kassel 2010.
- ²⁰ Harald Doenst, Gisela Heimbach: Abschied nach 40 Jahren, in: LWV-Info 3/93, S. 44.
- ²¹ Ernst Baumbach, Gisela Heimbach: Altenhilfe kommunalisiert, in: LWV-Info 3/93, S. 49 sowie Landeswohlfahrtsverband Hessen, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.): Kommunalisierung von Altenhilfe und Jugendhilfe, in: 50 Jahre Landeswohlfahrtsverband Hessen 1953–2003, Illustrierte Chronik, Kassel 2003, S. 106.
- ²² Beschluss Nr. XIII/235 zur Drucksache Nr. XIII/167. sowie Jörg Daniel: Mit dem Haushalt 2009 beginnt beim LWV die „Doppik“, in: LWV-Info, Sonderausgabe 2008, S. 1.
- ²³ Beschluss Nr. XIV/60 zur Drucksache Nr. XIV/46.
- ²⁴ Drucksache Nr. XIII/ 65.
- ²⁵ Drucksache Nr. XIII/ 161.
- ²⁶ Drucksache Nr. XIII/ 198.
- ²⁷ Drucksache Nr. XIV/ 20.
- ²⁸ Evelin Schönhut-Keil: „Wer bestimmt eigentlich, was gut für mich ist?“, in: LWVkonkret 1/2010, S. 7.
- ²⁹ Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hg.): Zahlen, Daten, Fakten zum Haushalt 2010, S. 6.
- ³⁰ Elke Bockhorst: Schrittweise zum Ziel, in: LWVkonkret 1/2010, S. 4–6.